

„Anne Will“: „Mehr Geld für alle - schöne Bescherung gegen die Krisenangst“

ARD, 7.12.2008, 21:45-22:45 Uhr (Sendung online verfügbar: <http://daserste.ndr.de/annewill/videos/annewill480.html>)

Gäste	Redezeit (einschl. der gestellten Fragen; Werte gerundet)	Aussagen zur Konjunkturpolitik	Aussagen zur Finanzierung von staatlichen Leistungen	Aussagen zu „Hartz IV“ und Grundeinkommen
Dirk Niebel - Generalsekretär der FDP	9,5 Min. (25,0%)	- Zu befürworten sei die „Entlastung“ der Bürger durch eine umfassende „Strukturreform“. Genannt werden eine „Steuerstrukturreform“, der Verzicht auf den „unsäglichen“ Gesundheitsfonds und eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. - Konsumgutscheine seien „völlig daneben“, denn die Bürger würden so zu „Taschengeldempfängern“ degradiert.		„Was macht eigentlich derjenige, der das große Glück hatte, gerade eben nicht Hartz IV-Empfänger [...] zu sein? Der zahlt das nämlich alles und den müssen wir auch ein bißchen in den Blick nehmen. Ich glaube, der wird immer viel zu sehr vergessen.“
Philipp Mißfelder - Mitglied des Präsidiums der CDU - Bundesvorsitzender der Jungen Union	9,5 Min. (25,0%)	Es gebe bislang „nur Anzeichen“ von realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise. Richtig sei, nun „die nächsten Wochen“ abzuwarten, „bis wir sehen, wie die Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, wirken“.	Steuersenkungen, die durch erhöhte Kreditaufnahme des Staates „finanziert“ würden, seien „unverantwortlich“. Der alternative Weg über eine konsequente „Ausgabenkritik“ sei in der gegenwärtigen Situation nicht gangbar.	„Ich bin der Meinung, wie haben bei Hartz IV schon sehr viel getan [gemeint ist offenbar die Anhebung des Regelsatzes um 4 Euro] und jetzt geht es darum, die Menschen, die arbeiten und sich anstrengen, auch tatsächlich zu entlasten.“
Thilo Sarrazin - SPD - Finanzsenator in Berlin	7 Min. (18,4%)	- Nachfragestützende Maßnahmen seien erst dann angebracht, wenn die Konjunktur „wirklich einbricht“. - Sarrazin befürwortet „Bauinvestitionen“ in Schiene und Straße. Nur hilfsweise kämen Konsumgutscheine in Betracht.	- Die seitens der FDP geforderte Senkung der Einkommensteuer würde nur einer ohnehin gutgestellten Minderheit zugute kommen. - Eine Stützung der Konjunktur müsse über Kreditaufnahme finanziert werden.	Ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Höhe der Hartz IV-Leistungen sei nicht finanzierbar.
Götz Werner - Unternehmer (dm-drogerie markt)	6,5 Min. (17,1%)		Die „menschliche Arbeit“ sei vor allem durch eine Senkung der Lohnnebenkosten zu entlasten.	- „Hartz IV ist ein Skandal.“ Insbesondere sei die Anrechnung des Kindergeldes kritikwürdig. - Ein bedingungsloses Grundeinkommen von 600 bis 800 Euro monatlich könnte die Gesellschaft stabilisieren.
Marion Drögsler - DIE LINKE - Vorsitzende des Arbeitslosenverbands Deutschland e.V.	5,5 Min. (14,5%)			Die Hartz IV-Leistungen seien zu niedrig, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Zu befürchten sei eine politische Krise, die von Bürgern, die „nicht mal mehr Brot kaufen können“ ausgehen könnte.

Anmerkungen:

- Obwohl die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte unstreitig wesentlichen Anteil an der Entstehung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hat, stellt Anne Will den profilierten Wortführern des Neoliberalismus Niebel, Mißfelder und Sarrazin annähernd 70 % der Redezeit zur Verfügung, um ihre Vorstellungen zur Bewältigung dieser Krise darzulegen.
- Die in der Sendung diskutierten Lösungsansätze beschränken sich im Wesentlichen auf die Alternative: Konsumgutscheine oder doch besser Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten. Der mindestens ebenso naheliegenden Gedanke einer Erhöhung der Lohnquote kam lediglich vom „Katzentisch“ - „Autos kaufen keine Autos“ - und wurde von Anne Will übergangen. Auch die Themen Rentenerhöhung und Mindestlohn hatten keinen Platz in dieser Sendung. Als Füllmaterial diente der nur wenig fruchtbare Meinungsaustausch zwischen Werner und Sarrazin über das (noch) utopische Projekt „bedingungsloses Grundeinkommen“.
- Die Finanzierung konjunkturstützender Staatsausgaben wurde nur unter dem Aspekt behandelt, ob zu diesem Zweck eine erhöhte Staatsverschuldung in Frage komme. Eine Diskussion über Steuern auf Gewinne, Vermögen und Erbschaften nach dem Vorbild vergleichbar wohlhabender Volkswirtschaften unterblieb vollständig - sie wäre in dem von Anne Will versammelten Kreis wohl auch nur wenig sinnvoll gewesen.